

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/723

"Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/723 vom 12.02.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4451 des SO vom 25.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/4754 vom 10.12.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund dafür einzusetzen, dass Asylsuchenden eine Gesundheitsversorgung gewährt wird, die den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht.

Begründung:

Ärztliche und zahnärztliche Behandlung wird nach § 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) nur bei akuter Erkrankung und Schmerzzuständen zugesichert. Die Gesetzgebung führt in der Praxis dazu, dass Flüchtlinge meist nicht ausreichend medizinisch versorgt werden. Erkrankungen, die anfangs noch behandelbar wären, entwickeln sich so mitunter zu vermeidbaren Notfällen. Auch minderjährige Flüchtlinge müssen monatelang mit gesundheitlichen Einschränkungen leben, obwohl diese durch einfache Behandlung geheilt werden könnten.

Das Bundesverfassungsgericht setzte mit seinem Urteil vom 18. Juli 2012 der Diskriminierung von Asylsuchenden durch das AsylbLG deutliche Grenzen. Die Geldleistungen wurden erhöht, nachdem sie vom Bundesverfassungsgericht als „evident unzureichend“ angesehen wurden (1 BvL 10/10, 1 BvL 2/11). An der Ungleichbehandlung bei medizinischer Versorgung und an der u.E. daraus resultierenden Diskriminierung wird jedoch weiterhin festgehalten. Diese Praxis widerspricht dem Geist des Urteils, nach dem Asylsuchende mit anderen Hilfsbedürftigen gleichgestellt werden sollen.

Behandlungen können zusätzlich zum § 4 auch nach § 6 des AsylbLG übernommen werden, wenn die Maßnahme zur Sicherung der Gesundheit unerlässlich ist. Über diese Ermessensleistung entscheidet eine Sachbearbeiterin oder ein Sachbearbeiter des zuständigen Amtes.

Durch die Maßgaben der §§ 4 und 6 des AsylbLG und deren Umsetzung in der Praxis wird u.E. gegen das Recht auf ärztliche Versorgung verstößen (Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte). Es entspricht nicht dem Recht auf eine menschenwürdige Behandlung, wenn Asylsuchende erst darauf warten müssen, dass eine Erkrankung akut – und daraus resultierend oft lebensgefährlich – werden muss, bis sie behandelt wird.

Die diskriminierenden Sondergesetze für Flüchtlinge sollten umgehend abgeschafft und eine Integration in die soziale Regelversorgung ermöglicht werden. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollten die gleiche gesundheitliche Versorgung erfahren, die deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern durch die gesetzlichen Krankenkassen zugesichert wird.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend,
Familie und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

Drs. 17/723

**Gesundheitsversorgung für Asylsuchende refor-
mieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 13. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 25. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 25. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Angelika Weikert
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürre, Markus Gansterer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/723, 17/4451

Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren, gleichwertige Behandlung sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 22)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 4 der Anlage zur Tagesordnung. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein und Reinhold Strobl (SPD) betreffend "Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen?", Drucksache 17/2652, ist von der Tagesordnung abzusetzen. Er soll erst im Plenum am 29. Januar 2015 einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 22)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmennenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 14)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren,
gleichwertige Behandlung sicherstellen!
Drs. 17/723, 17/4451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Querschnittsförderung der Betreuungsvereine erhöhen – Ehrenamt stärken
Drs. 17/2287, 17/4672 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Markus Ganserer, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sonderlösung Anwärter Forstdienst
Drs. 17/2410, 17/4649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl SPD
Großstädte entschlacken – was soll das heißen,
worauf müssen sich die Städte einstellen?
Drs. 17/2652, 17/4686 (A) [X]

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Einstellungsangebot für junge Lehrerinnen und Lehrer
Drs. 17/2676, 17/4431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reform des Sexualstrafrechts – Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzen!
Drs. 17/2766, 17/4661 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moratorium bei TTIP-Verhandlungen nach neuer Spionageaffäre
Drs. 17/2767, 17/4590 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aufnahme des Bairischen und bayerisch-fränkischer bzw. schwäbischer
Mundarten in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen
Drs. 17/2770, 17/4592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Jürgen W. Heike,
Bernd Kränzle u.a. CSU
Basiskonten für Menschen mit geringem Einkommen
Drs. 17/2845, 17/4662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum LehrplanPLUS an Grundschulen
Drs. 17/3095, 17/4616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bestrafung von Vergewaltigungen
Drs. 17/3210, 17/4671 (A)

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Oliver Jörg u.a. CSU Förderung der Medienkompetenz an Schulen und in der außerschulischen Jugendarbeit
Drs. 17/3311, 17/4657 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU) Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben!
Drs. 17/3361, 17/4659 (G)

**Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Halal aus Bayern – Chancen für heimische Erzeuger nutzen
Drs. 17/3369, 17/4680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Engerlingplage in Obstbaubetrieben – Sicherung der Arbeitsplätze
in den bäuerlichen Familienbetrieben
Drs. 17/3396, 17/4681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Angelika Schorer,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Aktionsjahr Waldnaturschutz
Drs. 17/3414, 17/4682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualifizierte Ersthilfe vor Ort durch First Responder fördern
Drs. 17/3543, 17/4656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Zukunft der wehrtechnischen Industrie in Deutschland und Europa
Drs. 17/3654, 17/4660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Leitfaden für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern
Drs. 17/3799, 17/4507 (E)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Irreführung beenden – Landtag entscheidet über gesamten Staatshaushalt
Drs. 17/4179, 17/4570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zu den Ergebnissen des Kommunalgipfels
Drs. 17/4178, 17/4582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sportförderung Curling unbedingt erhalten!
Drs. 17/4182, 17/4583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Dem Curling Chancen für die Zukunft geben!
Drs. 17/4196, 17/4577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zur weiteren Entwicklung des Bundesstützpunkts Curling in Füssen
Drs. 17/4197, 17/4578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Grundrecht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl ernst nehmen: Mehr Masterstudienplätze schaffen und Übergang Bachelor / Master erleichtern
Drs. 17/325, 17/4663

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überprüfung Einstufung Bodensee nach EG-Wasserrahmenrichtlinie
Drs. 17/3715, 17/4658

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

27. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayer u.a.
SPD

Bericht zur Beschulung von Flüchtlingskindern in Bayern
Drs. 17/4074, 17/4684

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

28. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Angelika Weikert, Martin Güll u.a. SPD
Unterrichtsversorgung von dezentral untergebrachten Flüchtlingskindern und -

jugendlichen sicherstellen
Drs. 17/4079, 17/4685

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Paul Wengert,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Umsetzung der Evaluation der Polizeireform bei den Präsidien
Drs. 17/4323, 17/4653

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat